
ANTIMILITARISMUS

„Blickwechsel“ – eine andere Veranstaltung zum Volkstrauertag

Der vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge nach dem Ersten Weltkrieg (1919) eingeführte Volkstrauertag hieß

zur Zeit des Faschismus „Heldengedenktag“. Nachdem in den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg der Be-

völkerung und vorerst auch den Regierenden dieses Landes die Propagierung von Heldentum untunlich erschienen

war, wurde er 1948 in den Westzonen unter seinem alten Namen wiedereingeführt; in der SBZ und später in der DDR hieß er „Internationaler Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors und Kampftag gegen Faschismus und imperialistischen Krieg.“

In den Westzonen und in der BRD wurden die Feierlichkeiten zum Volkstrauertag wieder vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ausgerichtet. Die Bedeutung dieses Tages für die Öffentlichkeit wurde zwar zunehmend geringer; die Rolle des Volksbundes an diesem Tag wurde aber auch in Hamburg bislang öffentlich noch nie erfolgreich bestritten. In diesem Jahr änderte sich das. Nachdem das „Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal“ am „Kriegstempel“ auf dem Friedhof Ohlsdorf, wo der Volksbund bislang seine Veranstaltung (zusammen mit Bundeswehr und Senat) abhielt, eine Gegenveranstaltung angekündigt hatte, verzichtete der Volksbund auf seine Kundgebung.

Das Bündnis sah es nach dem Rückzug des Volksbundes nicht mehr als sinnvoll an, zum Friedhof Ohlsdorf zu mobilisieren, sondern rief zu einer Veranstaltung am Kriegsklotz auf („Blickwechsel“ / „Kundgebung gegen den Krieg statt Krieger-ehrerung“). Das war angesichts zu erwartenden Hamburger Novemberwetters gewagt, und als ich dorthin fuhr, rechnete ich damit, nur ein kleines Häuflein Aufrechter vorzufinden, doch dann traf ich auf zwei gut mit ZuhörerInnen gefüllte aneinandergestellte Zelte, die genügend Schutz gegen den heftigen Regen boten.

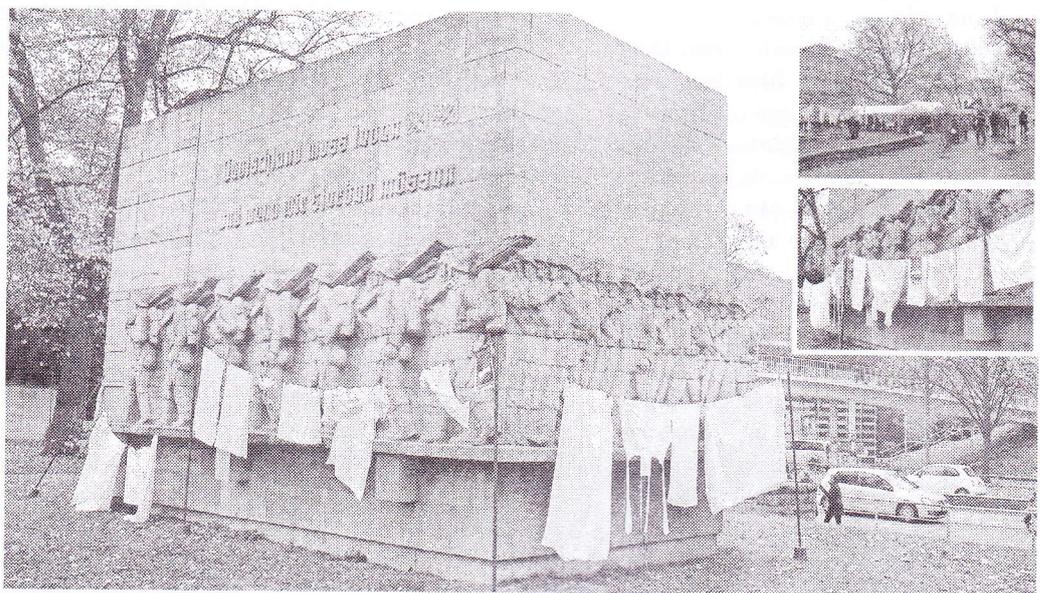
Dass das Bündnis eine Veränderung im öffentlichen Leben erreicht hatte, wirkte sich positiv auf die Stimmung im Publikum aus. Ein weiterer Erfolg wurde von Ludwig Baumann (letzter überlebender Deserteur aus der „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz“) in der ihm eigenen Bescheidenheit bekanntgegeben, von anderen Rednern jedoch zu Recht nochmals hervorgehoben: Ludwig Baumann hat durchgesetzt, dass zwischen Ehrenwand und Kriegsklotz sowie zwischen Kriegsklotz und Hrlicka-Denkmal jeweils Tafeln mit folgendem Text aufgestellt werden: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“ Dieser Satz entstammt einer Feststellung des Deutschen Bundestages vom 15. Mai 1997. Ludwig Baumann warnte zu Recht davor, dass ohne die von ihm geforderten Tafeln das neue Denkmal von Volker Lang (vgl. LB 13/2014 [4.7.], S. 7.: *Volker Langs Entwurf für ein Hamburger Deserteursdenkmal.*) Teil eines beliebigen Denkmal-Parks würde. Auch mahnte er,

das Deserteursdenkmal müsse, wenn es fertiggestellt sei, durch Aktivitäten lebendig gehalten werden, eine Mahnung, die ebenfalls von anderen Rednern aufgegriffen wurde. Sie scheint umso mehr berechtigt, weil inzwischen der Termin der Fertigstellung immer wieder verschoben worden ist; zunächst war vom Anti-Kriegstag 2014 die Rede, dann von der Zeit vor den nächsten Bürgerschaftswahlen 2015, und so geht es weiter. Das Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal hat Ludwig Baumanns Mahnung, bevor er sie öffentlich ausgesprochen hatte, bereits beherzigt, und es wird ihr sicher auch in Zukunft nachkommen; dass es für eine Veranstaltung unter so schwierigen Bedingungen ein so großes Publikum mobilisiert hat, lässt jedenfalls für die Zukunft hoffen.

Lothar Zieske

Gegenaktion zum „Volkstrauertag“ am Kriegsklotz

Quelle: R.S.; Feindbegueunstigung.de



LOHNARBEITSKÄMPFE & GEWERKSCHAFTEN

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“

Die Lügenmär – bei Lokführern und Zugbegleitern

Die letzten Tarifverhandlungen zwischen der Deutschen Bahn und der GDL haben zu keinem Ergebnis geführt. GDL-Chef Claus Weselsky äußerte sich nach den Verhandlungen „ernüchtert“ und nannte als Grund, dass das schriftliche Angebot nicht dem entsprechende, was zuvor in den mündlichen Verhand-

lungen vereinbart worden sei. Die Gewerkschaft will in der kommenden Woche (49. KW) beraten, ob sie die Verhandlungen fortsetzt oder erneut zu Streiks – möglicherweise auch an den Adventswochenenden – aufruft.

Die GDL will neben mehr Geld und einer reduzierten Wochenarbeitszeit vor allem errei-

chen, dass sie für ihre Mitglieder beim gesamten Zugpersonal verhandeln darf, nicht nur für die Lokführer unter ihnen. Im folgenden ein informativer Hintergrundartikel. Red

Im Arbeitskampf bei der Bahn geht es der Deutschen Bahn AG und der Gewerkschaft EVG angeblich darum, das